



## Vorlage Stadtparlament

vom 12. November 2013

Nr. 1153

Stadtparlament: Einfache Anfragen

### **Einfache Anfrage Monika Simmler: Veränderte Praxis der KES-Behörde bezüglich Zahlungen an Pflegeeinrichtungen; Beantwortung**

Am 24. September 2013 reichte Monika Simmler die beiliegende Einfache Anfrage betreffend „Veränderte Praxis der KES-Behörde bezüglich Zahlungen an Pflegeeinrichtungen“ ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### **1 Ausgangslage**

Das Erwachsenenschutzrecht und das Erbrecht schreiben vor, dass das Mandat des Beistandes bzw. der Beiständin mit dem Tod der verbeiständeten Person endet. Ab dem Todeszeitpunkt geht die Rechtsposition des Erblassers bzw. der Erblasserin nahtlos in diejenige der Erben und Erbeninnen über (so genannte Universalsukzession).<sup>1</sup> Dies bedeutet, dass die Befugnisse des Beistandes bzw. der Beiständin mit sofortiger Wirkung entfallen und die Erben und Erbeninnen nun für sämtliche Angelegenheiten der verstorbenen Person zuständig sind. Ab dem Todeszeitpunkt darf der Beistand bzw. die Beiständin somit keinerlei Handlungen mehr für die verstorbene Person vornehmen bzw. über deren Nachlass verfügen, also auch keine offenen Rechnungen aus dem Nachlass bezahlen. Dies galt bereits unter dem alten Recht. Insofern hat sich die Rechtslage mit dem neuen Erwachsenenschutzrecht nicht geändert. Allerdings trifft es zu, dass die Mandatsträger bzw. Mandatsträgerinnen unter dem früheren Recht und unter der vormaligen Vormundschaftsbehörde nach dem Tod der verbeiständeten (bevormundeten) Person jeweils dennoch, soweit möglich, noch die offenen Rechnungen von Pflegeeinrichtungen aus dem Nachlass bezahlt haben.

<sup>1</sup> Vgl. Art. 399 und 560 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907 (SR 210; abgekürzt ZGB).



## 2 Zu den einzelnen Fragen

### 1. *Hat der Stadtrat von dieser Änderung Kenntnis gehabt und wie beurteilt er sie?*

Mit dem neuen Erwachsenenschutzrecht und der damit einhergehenden Professionalisierung der Behörde hat die KESB St.Gallen eine Abkehr von der früheren Praxis vorgenommen und besteht auf der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. Sie kann den Beiständen und Beiständinnen daher nicht mehr erlauben, nach dem Tod der verbeiständeten Person nach eigenem Ermessen noch einzelne Rechnungen (insbesondere von Pflegeeinrichtungen) zu begleichen und damit u.U. andere Gläubiger und Gläubigerinnen zu benachteiligen. Dies umso weniger, als die Beistände und Beiständinnen z. B. in einem Konkursfall mit haftungsrechtlichen Konsequenzen zu rechnen hätten. Der Stadtrat hat diese Praxisänderung zur Kenntnis genommen.

### 2. *Gibt es eine Möglichkeit als Stadt Einfluss zu nehmen, dass die alte Praxis beibehalten wird?*

Die KESB St.Gallen und der Stadtrat sind sich bewusst, dass die bundesrechtliche Regelung aus Sicht der betroffenen Pflegeeinrichtungen unbefriedigend ist, auch wenn diese im Falle eines Konkursverfahrens in der Rangordnung der Konkursforderungen gemäss Art. 219 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889 (SR 281.1; abgekürzt SchKG) relativ gut positioniert sind. Die Stadt St.Gallen wird aus den dargelegten Gründen keine Änderung an der nun geltenden Praxis vornehmen. Dafür erforderlich wäre eine entsprechende Ergänzung des Erb- und/oder Erwachsenenschutzrechts auf Bundesebene (ZGB).

### 3. *Falls nicht: Kann sich der Stadtrat andere Massnahmen vorstellen, um das finanzielle Risiko dieser Pflegeeinrichtungen zu senken?*

Dem Stadtrat ist es ein Anliegen, Einnahmeausfälle der privaten Einrichtungen, die im Rahmen der stationären Pflege eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe erfüllen, so weit wie möglich zu vermeiden. So hat die Arbeitsgruppe Stationäre Altershilfe der Konferenz für Alters- und Behindertenfragen einen Massnahmenkatalog entwickelt, der präventiv gegen Debitorenverluste wirken soll. In bestimmten Fällen kommt bei Klientinnen und Klienten, die ins Heim eintreten und die geforderte Anzahlung nicht leisten können, zudem eine subsidiäre Kostengutsprache durch die Sozialen Dienste St.Gallen zum Tragen.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. Vorlage Nr. 783 vom 6. August 2013, Ziff. 4.6.



Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Einfache Anfrage vom 24. September 2013

